

Beschlussvorlage

Bereich | Amt
Jugendreferat
Verfasser/in
Andreas Kramer

Vorlagen-Nr.
502/16/2019
Aktenzeichen
51 20 03 - 01

Anlagedatum
25.10.2019

Beratungsfolge

Gremium	Sitzungstermin	Öffentlichkeit	Zuständigkeit
Sozialausschuss	12.11.2019	Ö	Vorberatung
Gemeinderat	14.11.2019	Ö	Beschlussfassung

N = nichtöffentliche Sitzung, Ö = öffentliche Sitzung

Verhandlungsgegenstand

Umsetzung der Jugendbeteiligung nach § 41a der GemO - Kommunaler Baustein zur Demokratiestärkung für Rheinfelden (Baden)

Beschlussvorschlag

Der Gemeinderat beschließt auf Vorschlag des Sozialausschusses:

1. Das vorgestellte Konzept zur Jugendbeteiligung (siehe Anlage) wird zustimmend zur Kenntnis genommen und dessen Durchführung beschlossen.
2. Für die Durchführung der im Konzept vorgestellten Formate der Jugendbeteiligung wird vorbehaltlich einer noch durchzuführenden Stellenbemessung die zusätzliche Einrichtung einer Personalstelle im Amt für Familie, Jugend und Senioren (Abteilung: Jugendreferat) in die Haushaltsberatungen am 25.11.2019 mit aufgenommen (siehe auch Antrag der Fraktion GRÜNE in den Anlagen).

Anlagen

- Konzept zur Jugendbeteiligung nach § 41 a der Gemeindeordnung Bade-Württemberg
- Antrag der Fraktion GRÜNE
- Leitfaden „Demokratiebildung – Schule für Demokratie, Demokratie für Schule“ des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg
- Studie „Kommunale Kinder- und Jugendbeteiligung in Baden-Württemberg 2018“ der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg
- Zusammenfassung der Shell-Jugendstudie 2019

Interne Prüfung

1. Finanzielle Auswirkungen

1.1 Der Beschlussvorschlag hat unmittelbar finanzielle Auswirkungen

☒ ja

☐ nein

1.2 Der Beschlussvorschlag erzeugt langfristige Folgekosten

☒ ja

☐ nein

Erläuterung:

1.3 Die benötigten Mittel stehen im Haushalts-/Wirtschaftsplan zur Verfügung im laufenden Haushaltsjahr

☒ ja

☐ nein

in der mittelfristigen Finanzplanung

☐ ja

☒ nein

unter

Kostenstelle Name der Kostenstelle

1.4 Beteiligung der Stadtkämmerei

☒ ja

☐ nein

Erläuterung:

2. Personelle Auswirkungen

☒ ja

☐ nein

Erläuterung

Schaffung einer Stelle S12 im SuE Tarif

3. Nachhaltigkeits-Check

☐ ja, vergleiche Anlage

☒ nicht erforderlich

Erläuterungen

1. Auftrag

In der Gemeinderatssitzung vom 25.6.2019 wurde die Verwaltung, aufgrund der Novellierung der Gemeindeordnung Baden-Württemberg vom 1.12.2015 (§ 41a – Jugendbeteiligung) und der Ergebnisse des ersten 8er-Rats beauftragt, ein nachhaltiges Konzept zur Fortschreibung der Jugendbeteiligung zu entwickeln. Das Jugendreferat hat in Kooperation mit dem Hauptamt das Konzept „Jugendbeteiligung in der Stadt Rheinfelden (Baden)“, siehe Anlage, entwickelt und legt dieses hiermit zur Abstimmung vor.

2. Jugendbeteiligung als Baustein der Demokratiestärkung

Demokratie muss alle einbeziehen. Demokratie muss jedoch erlernt und erprobt werden. Um ein Demokratieverständnis zu entwickeln und die gängigen Regeln kommunaler Entscheidungsprozesse verstehen zu können, benötigt es geeignete Methoden und Verfahren. Jugendliche lernen dadurch auch, Zusammenhänge von bürgerschaftlicher Mitgestaltung im Zusammenspiel mit Politik und Verwaltung zu verstehen und mit ihrem Engagement Verantwortung für kommunale Aufgaben zu übernehmen.

Die Landeszentrale für politische Bildung (LpB) Baden-Württemberg hat 2019 ihre jüngste Studie zur „Kommunalen Kinder- und Jugendbeteiligung in Baden-Württemberg 2018“ vorgestellt (s. Anlage). Ein Fazit aus der Studie ist, dass Jugendbeteiligung weit mehr ist als die in den zurückliegenden Jahren präferierte Form des Jugendparlaments bzw. des Jugendgemeinderats (s. S. 80):

„Es bedarf dringend viel mehr Information, Fortbildung und „Aufklärung“ darüber, welchen Mehrwert Jugendbeteiligung für das Zusammenleben im Gemeinwesen hat und welche Wege dahin führen.“

3. Schwerpunkte der Jugendbeteiligung in Rheinfelden (Baden)

Mit dem Einsatz der Methode „8er-Rat“ zu gesteigerter Jugendbeteiligung in 2018/2019, nimmt Rheinfelden (Baden) eine Vorreiterrolle im Landkreis Lörrach ein. Bei der Ausarbeitung des vorliegenden Konzeptes waren dem Jugendreferat in Kooperation mit dem Hauptamt folgende Schwerpunkte besonders wichtig:

- Barrierefreie Beteiligung für alle Jugendlichen
- 8er-Rat als Beteiligungsverfahren, mit Querschnittscharakter durch die Milieus
- Beteiligung von Kindern und Jugendlichen bei Projekten der Stadtentwicklung
- Stärkung von vorhandenen Strukturen, z.B. der Schülermitverantwortung (SMV)
- Politik & Pizza als Format mit direktem Kontakt zu Kandidaten während z.B. Kommunalwahlen.

4. Ressourcenbewusst und Nachhaltigkeit

Das erste Jugendrathaus, der 8er-Rat und das Format „Politik & Pizza“ wurden evaluiert:

Beim 8er-Rat konnten alle Beteiligten ein sehr starkes Engagement bei den jüngeren Jugendlichen (13 bis 14-Jährige) für ihre Themen erkennen, insbesondere bei den Präsentationen beim Gallery-Walk und im Gemeinderat

Beim Format Politik & Pizza sind in Rheinfelden (Baden) 150 Jugendliche (10% der Erstwähler/innen) der Einladung gefolgt, sich mit den Kandidat/innen in den Dialog zu begeben.

Nun gilt es, die Formate zu verbessern und zu etablieren, damit Jugendliche mit ihren Meinungen und Ideen gehört und ernstgenommen werden:

- Die Lerninhalte werden zukünftig durch die gewachsene gute Kooperation mit den Fachschaften der Schulen besser auf die Praxis abgestimmt werden.
- Das Jugendrathaus, also das Kennenlernen der Aufgabenbereiche der Verwaltung, soll durch eine QR-Code-Rallye im Rathaus weiterentwickelt werden.
- Der 8er-Rat selbst soll in einer kürzeren Zeitspanne stattfinden.
- Die bessere Einbindung der Lehrerschaft und der Schulsozialarbeit sollen den personellen Aufwand für die Verwaltung reduzieren.

5. Jugendbeteiligung ist „Chefsache“ der Verwaltung

Das Festschreiben der Jugendbeteiligung im § 41a der Gemeindeordnung Baden-Württemberg als „Muss-Bestimmung“, lässt diese zu einer Pflichtaufgabe für die Kommunen werden. Somit bedarf die Umsetzung der Jugendbeteiligung einer besonderen Fürsorge der Verwaltungsspitze und des Gemeinderats als oberstes Stadtgremium: Der Wille der jungen Bewohner der Stadt Rheinfeld (Baden) gilt es zu hören und mit den Bedürfnissen der erwachsenen Bürgerinnen und Bürger gleichsetzen.

6. Ressourcen

Für das Gelingen eines Beteiligungsprozesses ist eine gute Vorbereitung und Mittel zur Durchführung notwendig. Das Anliegen, Kinder und Jugendliche zu beteiligen, muss mit ausreichend Ressourcen ausgestattet sein, sowohl Personalressourcen als auch finanziellen Ressourcen.

Bisher stehen dem Jugendreferat 0,15 VZÄ Stellen zur Verfügung, die für die Betreuung des JuPas gedacht waren. Diese reichen keinesfalls aus. Vom Jugendreferat wurde gemeinsam mit dem bisherigen Prozessbegleiter des 8er-Rats, Udo Wenzl, für die vorgesehenen Formate eine 1,0 VZÄ Stelle für notwendig erachtet.